

Zürich

«Ich verstehe, dass es der Stiftung jetzt den Deckel gelupft hat»

Reaktionen Zürich könnte die Bührle-Sammlung verlieren. In der Politik fragt man sich: Ist der gehässige Ton der Debatte schuld? Oder die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Stiftung selbst?

Sascha Britsko

Die Nachricht schlug hohe Wellen: Die Bührle-Stiftung hat ihren Stiftungszweck geändert und den Ortsbezug zu Zürich gestrichen. Die Stadt Zürich prüft rechtliche Schritte gegen das Vorgehen.

Wie aus den nun öffentlichen Dokumenten der Stiftungsaufsicht hervorgeht, fühlt sich die Stiftung massiv unter Druck. In ihrem Gesuch ist von «anhaltenen Anfeindungen» und «beispiellosen medialen und politischen Kontroversen» die Rede.

Kern des langjährigen Streits ist die Provenienzforschung. Es geht um die Frage, ob Bilder der Sammlung als «NS-verfolgungsbedingter Entzug» gelten müssen – also ob jüdische Sammler sie auf der Flucht oder unter Zwang verkaufen mussten. Ein Bericht des Historikers Raphael Gross kam 2024 zum Schluss, die bisherige Forschung der Stiftung sei «interessengeleitet» und «lückenhaft», da bei zahlreichen Bildern der jüdische Vorbesitz unerwähnt geblieben sei.

Uneinigkeit über die Eskalation

Für Gemeinderat Stefan Urech (SVP) ist die Reaktion der Stiftung nachvollziehbar. Rot-Grün habe den Bogen überspannt. Das Hauptproblem sei nicht die Forderung nach Forschung, sondern die «abschätzig Art, wie über die Sammlung geredet worden ist». Die Diskussion sei «zu gehässig geführt» worden. Urech verweist auf andauernde mediale Darstellung, in der die Sammlung «schlechtgeredet» worden sei. «Den Besuchern der Ausstellung wurde im Vorfeld ein schlechtes Gewissen gemacht.»

Urech macht ein Beispiel: Bereits 2015 forderte der grüne Gemeinderat Markus Knauss zusammen mit Gabi Kisker in einem Postulat, man solle eine Skulptur einer 20-mm-Flugabwehrkanone in die Sammlung integrieren – als Sinnbild für Emil Bührles «vielfältige Verstrickungen». «Ich kann verstehen, dass es der Stiftung jetzt den Deckel gelupft hat», sagt Urech.

Auch Yasmine Bourgeois (FDP) zeigt Verständnis für die Stiftung.



Wird die Sammlung von Waffenhändler Emil Bührle im Kunsthaus bleiben? Der Leihvertrag läuft Ende 2034 aus. Foto: Dominique Meienberg

«Die Stiftung ging davon aus, dass sie nur Rechte hat – aber keine Pflichten.»

Markus Knauss
Gemeinderat (Grüne)

«Man hat das Gefühl, der rot-grünen Ratsmehrheit reicht nichts. Sie will immer mehr – aus ideologischen Gründen.»

Bourgeois findet es korrekt, dass man noch mehr in die Provenienzforschung investiert. «Aber wann ist genug ge-

forscht? Wann sind die Linken zufrieden?», fragt sie. Bourgeois spürt die Grundhaltung, dass die Sammlung in Zürich nicht willkommen sei. «Angesichts dieser Unsicherheit und des Hauptzwecks der Stiftung, die Sammlung zur Verfügung zu stellen, verstehe ich es, dass sie Vorkehrungen für die Zukunft trifft.»

Das sieht Markus Knauss (Grüne) anders. Das Problem sei nicht der Ton, sondern die mangelnde Kooperationsbereitschaft: «Die Stiftung hat keine offene Auseinandersetzung mit ihrem schwierigen Erbe gesucht und sich nur auf die eigene Forschung verlassen.»

Im öffentlichen Diskurs sei sie nicht präsent, selbst Raphael Gross, der das Gutachten seitens Stadt verfasst hat, habe das Pri-

vatararchiv der Bührles nicht einsehen können. Gross habe sich nur auf öffentliche Informationen gestützt. «Und schon da hat er gravierende Forschungsfehler festgestellt», sagt Knauss.

«Die Stiftung ging davon aus, dass sie nur Rechte hat – aber keine Pflichten», resümiert Knauss. Die Öffentlichkeit habe jedoch ein Anrecht auf Transparenz. Dieses Versäumnis hole die Stadt nun nach. «Wir dürfen nicht vergessen, dass die Familie Bührle auch von der Stadt profitiert, da sie die riesigen Sicherheitskosten, die für die Ausstellung der Sammlung anfallen, an die öffentliche Hand abgeben konnte.»

Bereits im Sommer 2024 wurden fünf Bilder aufgrund der ungeklärten Herkunft abgehängt. Gemäss Subventionsvertrag darf

das Kunsthaus diese Werke nicht ausstellen. Es ist wahrscheinlich, dass weitere folgen: Gutachter Gross sprach von mindestens 132 Bildern, die jüdische Vorbesitzer hatten – wobei die Sammlung 205 Bilder umfasst.

Ausstellung im Kunsthaus geschlossen

Um die Herkunft der Bilder zu erforschen, hat die Stadt diverse Massnahmen ausgearbeitet. Der Gemeinderat hat dafür drei Millionen Franken an Unterstützung vorgesehen. Ob sich die Stiftung Bührle beteiligen wird, ist nicht bekannt.

Zurzeit ist die Sammlung Emil Bührle im Kunsthaus wegen eines Umbaus bis 2027 nicht zugänglich. Der Leihvertrag zwischen dem Kunsthaus und der Stiftung läuft Ende 2034 aus.

ANZEIGE

«Diese Vorlage untergräbt die Autonomie der Gemeinden!»

Tiana Moser, Ständerätin
Daniel Jositsch, Ständerat

NEIN zum Strassengesetz am 30. November

SVP will die Rote Fabrik zerschlagen und scheitert

Kulturzentrum Eine «Hetzfabrik» und ein «rassistisches Nest» nannte Jean-Marc Jung (SVP) die Rote Fabrik am Mittwochabend im Gemeinderat. Er bezog sich auf zwei Vorfälle, bei denen eine externe Gruppe in der Roten Fabrik T-Shirts drucken liess mit Pro-Palästina-Slogans, die oft als antisemitisch oder als Aufruf zur Gewalt verstanden werden.

Aufgrund dieser «Zweckentfremdung durch linke Aktivisten» forderte die SVP in einer Motion eine Umnutzung von grossen Teilen des Kulturzentrums am See. Dort solle stattdessen ein privat betriebener «Innovationshub» oder ein «Startup-Cluster» entstehen. Die Rote Fabrik habe ihre Freiheiten missbraucht, sagte Jung.

Mit dieser Forderung blieb die SVP allein. Selbst die FDP, die alternative Kulturorte wie die Rote Fabrik und die Zentralwäscherei im Zusammenhang mit Positionen zum Gazakrieg mehrfach kritisiert hatte, stimmte dagegen. Der Vorstoss betreibe Symbolpolitik, sagte Yasmine Bourgeois. Es sei heikel, durch Volksabstimmungen legitimierte Kulturinstitutionen abzuschaffen, auch wenn man nicht mit allen dortigen Inhalten einverstanden sei.

Die zuständige Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) verwies ebenfalls auf zwei Abstimmungen, welche die Rote Fabrik in der heutigen Form stützten. Für Innovationshubs gebe es deutlich geeignetere Zentren in Zürich, sagte Mauch.

Ann-Catherine Nabholz (GLP) sprach von einem Einzelvorkommnis. Die Stadt und der Gemeinderat hätten sich klar von Antisemitismus und Rassismus in städtisch unterstützten Orten distanziert. Bei der Motion der SVP handle es sich um einen Angriff auf die Jugendkultur. Die SVP verlor die Abstimmung mit 103 zu 12 Stimmen.

Start-up-Förderung, aber nicht in der Roten Fabrik

Früher in der Ratsdebatte hatte sich der Gemeinderat bereits mit der Förderung von Start-ups beschäftigt – allerdings nicht in der Roten Fabrik. Der Rat erhöhte den Beitrag für die Blue-Lion-Stiftung von jährlich 250'000 auf 350'000 Franken und sprach dazu eine einmalige Subvention von 600'000 Franken.

Die halbstaatliche Stiftung unterstützt Jungunternehmen unter anderem mit Beratungen. Gegen die Beitragserhöhung stimmten FDP, AL und SVP. Sie unterlagen einer Mehrheit aus SP, Grünen, GLP und Mitte/EVP.

Beat Metzler

Rekurs gefährdet Umsetzung der neuen Parkkartenverordnung

Verkehrspolitik Nach der Abstimmung gehen Fussverkehrsverbände juristisch gegen die neuen Parkierregeln vor.

Schon am Abstimmungssonntag hatten die Fussverkehrsverbände ihren Rekurs gegen die neue Parkkartenverordnung angekündigt. Nun haben sie ihn eingereicht, wie aus einer Mitteilung der Verbände hervorgeht.

Damit kann die Stadt Zürich die von der Stimmbürgerinnen beschlossenen Regeln vorerst nicht umsetzen. Diese sehen unter anderem Erleichterungen für das Gewerbe vor. Handwerker sollen ihre Lieferwagen in Ausnahmefällen künftig auf dem Trottoir abstellen dürfen. Dagegen wehren sich der Fussgän-

gerverein Zürich, Fussverkehr Schweiz sowie die Zürcher Sektion des Blinden- und Sehbehindertenverbandes.

Die Trottoirparkierung verstosse gegen Bundesrecht. Gemäss diesem sei das Trottoir dem Fussverkehr vorbehalten, heisst es in der Mitteilung. Die Ausnahme fürs Gewerbe «wäre ein weiteres Puzzleteil zur Zweckentfremdung der Trottoirs als Töffparkplatz, als Veloroute oder als E-Trotti-Lagerplatz».

Die Befürworterinnen argumentieren, dass nur selten ein Lieferwagen auf einem Trottoir

stehen werde. Meistens würden Handwerker einen Parkplatz in der blauen Zone oder in einem Parkverbot finden. Dies erlaubte die neue Regel ebenfalls. Ausserdem dürfe das Trottoir nur dann als Parkplatz gebraucht werden, wenn ein 1,5 Meter breiter Durchgang offen bleibt.

Erich Willi, Vorstand des Fussgängervereins Zürich, sagt: «Das Einhalten dieser Ausnahmeregel wird sich kaum kontrollieren lassen.» Das Trottoir werde für das Gewerbe wohl häufig als erste Parkmöglichkeit dienen, weil dies am bequemsten sei.

Im Nachhinein könne man behaupten, dass es die einzige freie Parkmöglichkeit gewesen sei.

Viele Vorlagen sind durch Rekurse blockiert

Eine Sonderregel hält Willi in den meisten Quartieren für unnötig. «Dank dem Bieler Modell werden mehr Blaue-Zone-Parkplätze freistehen.» Ausnahmen sollen nur an ausgewählten, speziell markierten Orten gelten. So sehe es das Bundesrecht vor.

Durch den Rekurs wird die Umsetzung einer weiteren wichtigen politischen Vorlage in der

Stadt Zürich juristisch blockiert. Auch gegen den städtischen Mindestlohn sowie die Einschränkung von Business-Apartments laufen Rekurse. Der Bau des geplanten Hardturmstadions bleibt wegen Einsprachen ebenfalls in der Schwebe.

Über die neue Parkkartenverordnung hat der Gemeinderat jahrelang verhandelt. Als erste Instanz wird nun der Bezirksrat über den Rekurs entscheiden. Möglich ist ein Weiterzug bis ans Bundesgericht.

Beat Metzler